

NATIONALRAT
Wintersession 2018

Fragestunde vom 3. Dezember 2018

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für auswärtige Angelegenheiten

18.5601 Matter. Uno-Migrationspakt. Konsequenzen für die Verantwortlichen

Der Uno-Migrationspakt wurde massgeblich vom Schweizer Uno-Botschafter vorangetrieben, formuliert und ausgearbeitet. Dies geschah gegen das Interesse der Schweizer Bevölkerung, ja von ganz Europa. Weder das Parlament wurde miteinbezogen noch - bis Sommer 2018 - der Gesamtbundesrat.
Welche Konsequenzen hat dies für den Schweizer Uno-Botschafter und allfällige weitere Verantwortliche?

18.5602 Steinemann. Eritrea, Somalia, Bangladesch neu im Uno-Menschenrechtsrat. Auch mit der Stimme der Schweiz?

Mitte Oktober vermeldeten die Medien, dass mehrere umstrittene Staaten in den Uno-Menschenrechtsrat gewählt wurden, dessen Aufgabe es u.a. ist, in den Mitgliedsstaaten die Menschenrechte umzusetzen, Völkerrecht weiter zu entwickeln und Opfern von Menschenrechtsverletzungen Schutz zu bieten: Kamerun, die Philippinen, Somalia, Bangladesch und Eritrea erhielten jeweils zwischen 160 und 178 Stimmen für die Wahl, obwohl sie das offensichtlich nicht tun.
Erhielten sie auch die Stimme der Schweiz?

18.5615 Glarner. Uno-Flüchtlingspakt. Zukunft der eingewanderten Flüchtlinge in die Schweiz

- Wie steht der Bundesrat zur Repatriierung von Flüchtlingen im Zusammenhang des Flüchtlingspakts?
- Wer regelt die Rückführung von Flüchtlingen, wenn alle Flüchtlinge schlussendlich dort bleiben, wo sie mehr Wohlstand erlangen, und ihren Ursprungsländern den Rücken kehren?

18.5619 Tuena. Uno-Flüchtlingspakt. Ablehnung anderer Staaten

- Welche Staaten haben sich bereits gegen den Flüchtlingspakt entschieden?
- Was sind die Gründe für diese Ablehnungen?

18.5620 Zuberbühler. Uno-Flüchtlingspakt. Weitere Schritte

- Wie gedenkt der Bundesrat bezüglich des Flüchtlingspakts zu verfahren?
- Welche Kommissionen werden einbezogen?
- Wie und wann kann das Parlament dazu Stellung nehmen?
- Wird es ein fakultatives Referendum geben?

18.5648 Stamm. Information bezüglich Uno-Flüchtlingspakt?

Bezüglich Uno-Migrations-Pakt hat wenigstens in den letzten Wochen und Monaten endlich eine Diskussion in der Öffentlichkeit stattgefunden.

- Wann und wie gedenkt der Bundesrat bezüglich Uno-Flüchtlingspakt zu informieren?
- Gedenkt er, ihn zu unterzeichnen?

18.5649 Stamm. Auswirkungen des Uno-Flüchtlingspakts?

- Mit welchen Auswirkungen rechnet der Bundesrat, wenn den Uno-Flüchtlingspakt unterzeichnet würde?
- Würde dies ein Ansteigen der Flüchtlingszahlen bewirken?
- Müssten bestimmte Flüchtlings-Kontingente übernommen werden?
- Mit welchen zusätzlichen Kosten für Bund, Kantone und Gemeinden wäre zu rechnen (inkl. Krankenkassen)?

18.5650 Stamm. Flüchtlingspakt weitergehend als Migrationspakt?

Bekanntlich hat der Bundesrat am 10. Oktober 2018 zwischenzeitlich beschlossen, den Uno-Migrationspakt zu unterzeichnen. Zum Uno-Flüchtlingspakt hat er sich noch nicht geäußert.

- Bringt dieser im Vergleich zum Migrationspakt noch weitere Verpflichtung; falls ja, welche?
- Wird die Definition der Flüchtlinge verändert?

18.5651 Dettling. Uno-Flüchtlingspakt. Was erhält die Schweiz im Gegenzug?

Das erste Globale Flüchtlingsforum gemäss Flüchtlingspakt findet nächstes Jahr statt und wird der Annahme formeller Zusagen und Beiträgen gewidmet sein.

- Was gedenkt der Bundesrat an diesem Forum zu versprechen?
- Wird das Parlament dabei konsultiert werden?

18.5659 Buffat. Flüchtlingspakt: die Rolle der Schweiz

Welche Rolle hat die Schweiz bei der Erarbeitung des Flüchtlingspakts eingenommen?

18.5662 Geissbühler. Uno-Flüchtlingspakt. Was erhält die Schweiz im Gegenzug?

Eines der Ziele des Flüchtlingspakts ist es den Druck auf die Aufnahmeländer zu mindern. Wie genau profitiert die Schweiz davon?

18.5677 Büchel Roland. Uno-Flüchtlingspakt. Wieso wird am Parlament vorbei gewerkelt, und weshalb blieb die Schweiz der Abstimmung in der Uno-Kommission fern?

Neben dem Migrationspakt strebt die Uno einen globalen Flüchtlingspakt an. Der Resolution dazu stimmten Mitte November 176 Staaten zu, darunter alle EU-Staaten. 13 Staaten stimmten wie die Schweiz nicht ab, 3 enthielten sich. Die USA lehnten die Resolution ab. Im Juli teilte das EDA mit, dass die Schweiz den Flüchtlingspakt begrüße.

- Wann werden die APKs ordentlich konsultiert?
- Wie erklärt sich die Diskrepanz zwischen der Verlautbarung "Die Schweiz begrüsst" und dem Fernbleiben?"

18.5683 Keller-Inhelder. Uno-Flüchtlingspakt. Planbarkeit der Lösungsansätze

Die Planbarkeit von Lösungsansätzen in Flüchtlingskrisen ist eines der Ziele des Flüchtlingspakts.

Wie können Lösungen erarbeitet werden, wenn die Herkunftsländer der Flüchtlinge nie Teil der Lösung sind und nicht zur Zusammenarbeit gezwungen werden?

18.5621 Reimann Maximilian. Arbeitsaufwand schweizerischer Diplomatie- und anderer Amtsstellen zur Ausarbeitung des Uno-Migrationspaktes

Da mir an der Sitzung der APK-N vom 5./6. November 2018 Frage 1 nicht beantwortet wurde, reiche ich sie hier erneut ein:

1. Wie viele Mann/Frau-Arbeitstage erbrachten schweizerische Amtsstellen insgesamt zur Ausarbeitung des umstrittenen Uno-Migrationspaktes?
2. Hält es der Bundesrat für angebracht, dass er einen Schweizer-Diplomaten co-federführend den Entwurf des Pakts übernehmen liess, wohlwissend, dass der Pakt vor dem CH-Souverän so gut wie chancenlos sein würde, und das alles erst noch ohne Mitwissen des Parlaments?

18.5644 Trede. Kohlemine El Cerrejón. Was tut der Bundesrat gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung?

Glencore besitzt 33 Prozent an der kolumbianischen Kohlemine El Cerrejón. Dorfgemeinschaften mussten der Mine weichen, ohne korrekt umgesiedelt worden zu sein. Anwohner sind wegen massiver Umweltverschmutzung erkrankt.

- Wie wird der Bundesrat dafür sorgen, dass Schweizer (Rohstoff-)Unternehmen die Umwelt schonen und keine Menschenrechte verletzen?
- Ist er bereit, öffentlich seine Erwartungen an die Sorgfaltspflicht der Schweizer Unternehmen im Ausland zu konkretisieren und Verstösse öffentlich zu machen?

18.5653 Steinemann. Transparenz zum Stimmverhalten der Schweiz in der Uno gegen Israel

Die Uno-Mitglieder verurteilten Israel neun Mal, während die grossen Menschenrechtsverletzenden und Schlächter glimpflich oder gar völlig ungeschoren davorkamen: Syrien, die Terrororganisationen im Gazastreifen, Jemen, Iran etc.

- Wie hat die Schweiz gestimmt?
- Ist das Stimmverhalten der Schweiz mit der Neutralität vereinbar?
- Wie beurteilt der Bundesrat die Resolutionen der Uno bezüglich Ausgewogenheit bzw. das Fehlen derselben, beispielsweise bez. Verhalten von Israel im Vergleich zu Iran?

18.5654 Addor. Keine Schweizer Flagge für die Aquarius!

Staaten, die eigentlich für ihre Gefälligkeitsflaggen bekannt sind, haben der Aquarius ihre Flagge wegen der Verletzung völkerrechtlicher Regeln in Bezug auf Migrantinnen und Migranten wieder entzogen. Die italienischen Justizbehörden haben die vorsorgliche Beschlagnahme des Seeschiffs beantragt.

- Sollte der Bundesrat jetzt nicht deutlich sagen, dass die Schweiz es diesem Seeschiff nicht gestatten wird, unter Schweizer Flagge zu fahren?
- Auch um zu verhindern, dass eine Form der Kollusion zwischen Schleppern und Organisationen, die sich selbst als humanitär bezeichnen, legitimiert wird?

18.5655 Nussbaumer. Marktzutrittsvoraussetzungen für den EU Binnenmarkt

Die Europäische Union will mit der Schweiz weitere sektorielle Marktzugangsabkommen abschliessen, wenn ein Institutionelles Abkommen Schweiz-EU vereinbart wird.

- Fallen unter dieses institutionelle Basisabkommen auch EU-äquivalente Regulierungen der Schweiz?
- Könnten mit diesem Institutionellen Abkommen auch für die Äquivalenz-Regulierungen ein gesicherter Marktzugang in den EU-Binnenmarkt erreicht werden?

18.5656 Molina. Ermittlungen bei der Weltbank

Unter Bezugnahme auf die Antwort 18.5319:

Was ist das Ergebnis der Ermittlungen bei der Weltbank zu Vorwürfen über mögliche Korruptions- oder Veruntreuungshandlungen im Zusammenhang mit dem Kazakhs Youth Corps?

18.5657 Friedl. Blockierte kasachische Vermögenswerte

Am 21. Dezember 2012 veröffentlichte das EDA eine Medienmitteilung, aus der hervorgeht, dass 48,8 Millionen US-Dollar nach einem Strafverfahren beschlagnahmt wurden und an Kasachstan zurückgegeben werden. Für das Restitutionsverfahren sind Art und Stand des Verfahrens relevant.

Welche Angaben kann der Bundesrat zum entsprechenden Strafverfahren (zuständiges Gericht, Datum des Urteils, verurteilte Person) machen?

18.5666 Naef. Rückgabe kasachischer Gelder an die Jugendorganisation von Nur Ortan

21,76 Millionen Dollar der unter Kasachstan II zurückgegebenen Mittel wurden für das "Youth Corps"-Programm verwendet. In diesem Programm wurde Geld an die Jugendabteilung der regierenden politischen Partei verteilt. Die Projektkoordination wird von Dariga Nazarbayeva, der Tochter des kasachischen Präsidenten, geleitet. Ist dieses Verfahren zur Verwendung der zurückgegebenen Gelder mit den schweizerischen Grundsätzen der Rückgabe von Geldern vereinbar?

18.5667 Molina. Rückgabe blockierter kasachischer Vermögenswerte

Die von der Schweiz blockierten und an Kasachstan zurückgegebenen Mittel gemäss EDA-Medienmitteilung vom 21. Dezember 2012 wurden von der Weltbank und der kasachischen Regierung als Schweizer Entwicklungshilfe und nicht als Rückgabe von Vermögenswerten bezeichnet.

Hat das EDA diese Informationen richtig gestellt oder versucht, um die Öffentlichkeit über die Art der an Kasachstan überwiesenen Mittel zu informieren?

18.5663 Wermuth. Schützt der Bund seine Diplomatinen und Diplomaten ausreichend vor Verleumdungen und Drohungen?

Im Rahmen der öffentlichen Debatte rund um den UN-Migrationspakt sind mehrere explizite Drohungen rechtsextremer Kreise gegen Jürg Lauber, UN Botschafter der Schweiz, aufgetaucht. Begleitet wurden diese Drohungen von Verleumdungen aller Art, u.a. auch aus parteipolitischen Kreisen.

- Warum verteidigt der Bundesrat seinen Diplomaten nur halbherzig?
- Nimmt er diese Drohungen nicht ernst?
- Wie schützt der Bund seine Diplomatinen und Diplomaten gegen Verleumdungen und Drohungen?

18.5668 Molina. Modalitäten zur Rückgabe blockierter usbekischer Vermögenswerte (II)

- Falls im Fall der Karimova-Gelder Rückgabekriterien diskutiert wurden, wurde versucht Projekte zu identifizieren, die von den zurückgegebenen Vermögenswerten profitieren könnten?
- Welche Überwachungs- und Good-Governance-Mechanismen werden eingesetzt, um die Integrität des Rückgabeprozesses zu gewährleisten?

18.5669 Molina. Modalitäten zur Rückgabe blockierter usbekischer Vermögenswerte (I)

Der Bundesanwaltschaft beschlagnahmte erhebliche Spenden von Gulnara Karimova, der Tochter des ehemaligen Präsidenten Usbekistans, die durch Korruption im Telekommunikationssektor entstanden sind.

- Wurden zwischen dem EDA und der usbekischen Regierung formell oder informell Grundsätze für die Rückgabe dieser Vermögenswerte diskutiert?
- Wenn ja, was waren die Parameter der Diskussionen?
- Welche Prinzipien und Modalitäten wurden diskutiert?
- Und werden diese Prinzipien öffentlich kommuniziert?

18.5670 Guhl. Wer kriegt das Geld für die durch die Türkei in Afrin/Syrien geraubten Oliven?

Im von der Türkei besetzten Afrin/Syrien wurden die Oliven durch türkisch unterstützte Milizen geplündert. Die geraubten Oliven sollen nach Spanien verkauft werden.

- Wie ist der Raub von Oliven in Afrin aus völkerrechtlicher Sicht zu beurteilen?
 - Hat der Bundesrat etwas gegen diesen Raub unternommen?
- Falls ja, was konkret?
- Was unternimmt er, damit die Empfängerländer dieser geraubten Oliven die Erlöse (zig. Mio. EUR) direkt an die rechtmässigen syrischen Besitzer ausrichten?

18.5679 Guhl. Syrien. Anhaltende Missachtung völkerrechtlicher Verpflichtungen durch die Türkei in Afrin/Syrien. Wie verstärkt der Bundesrat sein Engagement für Einhaltung des Völkerrechts?

Die Situation in Afrin/Syrien ist seit meiner Frage 18.5444 unverändert: Die Türkei als Besatzungsmacht missachtet eine Reihe völkerrechtlicher Verpflichtungen (wahllosen Festnahmen, Verschwinden lassen, Folter, Plünderungen, ...). Die Türkei festigt gar die Besatzung mit dem Bau von Telefonnetzen, Unterricht türkischer Sprache an Schulen. Mit welchen verstärkten Massnahmen arbeitet der Bundesrat auf die Einhaltung des Völkerrechts hin?

18.5680 Guhl. Was unternimmt der Bundesrat gegen die Angriffe der Türkei auf den Nordosten Syriens?

Nach der Befreiung von Kobane/Syrien aus den Händen des IS ist Ruhe in den Nordosten Syriens eingekehrt. Die Türkei wurde nicht aus syrischem Territorium angegriffen. Die Türkei ihrerseits hat in den vergangenen Wochen wiederholt syrisches Territorium im Nordosten bombardiert.

- Hat der Bundesrat bereits die Türkei dazu angehalten, diese Aggressionen zu stoppen?
- Wenn Nein, warum verurteilt er diese Bombardements, die bereits zu weiteren Toten geführt haben, nicht?

18.5675 Büchel Roland. Weshalb hat die Schweiz dem demokratisch gewählten Präsidenten Brasiliens nicht zu seiner Wahl gratuliert?

Die Schweiz pflegt politisch und wirtschaftlich sehr gute Beziehungen zu Brasilien. Nach der Wahl des Staatspräsidenten liess das EDA am 31. Oktober 2018 verlauten, dass "weder der Bundespräsident noch der EDA-Chef Bolsonaro offiziell zu seiner Wahl beglückwünscht" hätten. Ob Bolsonaro nachträglich doch noch gratuliert würde, liess das EDA offen.

Wann und wie hat der Bundespräsident dem brasilianischen Präsidenten zur Wahl gratuliert und den diplomatischen Fauxpas wenigstens teilweise korrigiert?

18.5678 Büchel Roland. Uno-Migrationspakt im Parlament. Ex-Botschafter zeigt sich besorgt über das Image der Schweiz

Der ehemalige Schweizer-Botschafter François Nordmann ist beunruhigt. Er vertritt in den Medien die Ansicht, dass unsere Regierung in Sachen Uno-Migrationspakt alles richtig gemacht habe und dass sie das Papier unterzeichnen solle. Der Widerstand des Parlaments entspreche einem "trumpschen Abneigungsreflex gegen den Multilateralismus." Dies schade unserem Image.

Schadet es dem Image der Schweiz nicht eher, wenn ein derart weitreichender Uno-Pakt erst kurz vor Torschluss demokratisch diskutiert wird?

Justiz- und Polizeidepartement

18.5598 Egger. Stand der Untersuchungen des fedpol bei Postauto AG

Der Bundesrat hat das Bundesamt für Polizei fedpol am 27. Februar 2018 beauftragt, das Verwaltungsstrafverfahren im Fall der Postauto AG zu führen. Seither ist bald ein Jahr verstrichen.

Ich ersuche deshalb den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

- Wann ist mit den Ergebnissen der Untersuchung zu rechnen?
- Wurden die Verantwortlichen des Bundes, der Kantone und der Post angemessen in die Untersuchung einbezogen?

18.5626 Zanetti Claudio. Asyl für Asia Bibi

1. Wurden seitens der Eidgenossenschaft irgendwelche - offizielle oder inoffizielle - Anstrengungen unternommen, um der in Pakistan wegen "Blasphemie" zum Tode verurteilten Christin Asia Bibi in der Schweiz Asyl zu gewähren?
2. Hat die Eidgenossenschaft irgendwelche - offizielle oder inoffizielle - Anstrengungen unternommen, um das Leben von Asia Bibi zu retten?
3. Fürchtet der Bundesrat negative Reaktionen muslimischer Staaten oder Organisationen für den Fall, dass er Asia Bibi Asyl gewährt?

18.5632 Addor. Asyl für Asia Bibi?

Die pakistanische Christin Asia Bibi, die erst wegen Blasphemie gegen den Islam zum Tode verurteilt und dann freigesprochen und freigelassen wurde, wartet noch immer darauf, Pakistan verlassen zu dürfen. Grossbritannien scheint ihr das Asyl aus Angst vor "islamistischen Unruhen" verwehrt zu haben.

Wird die Schweiz mehr Mut beweisen und ist der Bundesrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass dieser zu Unrecht verfolgten Frau in der Schweiz Asyl gewährt wird?

18.5631 Addor. EU-Waffenrichtlinie: Richtigstellung einer Unwahrheit

Auf der Internetseite

<https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/sicherheit/waffen/aktuell.html> wird die Anpassung der EU-Waffenrichtlinie folgendermassen begründet: "Im Fokus stehen halbautomatische Waffen, die auch bei den Terroranschlägen von Paris im November 2015 verwendet wurden." Aus offiziellen französischen Quellen heisst es, dass diese Anschläge mit vollautomatischen Waffen verübt wurden.

Sollte das Bundesamt für Polizei diese Unwahrheit nicht richtigstellen?

18.5640 Candinas. Wie wird nun der Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen gestoppt?

Am 4. Juli 2018 hat der Bundesrat den Bericht zum Postulat 12.3957 verabschiedet und darin unter anderem eine Abgleichung der Personalien der Schuldner mit den jeweiligen Einwohnerdaten als möglicher Lösungsansatz erwähnt. Gemäss dem Bericht könnte die Aussagekraft einer Betreibungsauskunft ohne grossen Mehraufwand erheblich gesteigert werden.

Führt diese neue Erkenntnis auch zu einer Neubeurteilung meiner Motion 16.3335 vom 29. Juli 2016 durch den Bundesrat?

18.5676 Büchel Roland. Rückübernahmeabkommen mit Tunesien für illegal in der Schweiz Anwesende

Am 9. Oktober 2018 antwortete der tunesische Aussenminister auf meine Frage in der parlamentarischen Versammlung des Europarats, dass Tunesien "selbstverständlich" bereit, sei illegal in Europa anwesende tunesische Staatsbürger zurückzunehmen. Das Land brauche junge Kräfte, um wirtschaftlich vorwärts zu kommen.

- Was unternimmt der Bundesrat, um dem öffentlich deklarierten Wunsch Tunesiens zu entsprechen?

- Entspricht die "Rücknahmepraxis" der Behörden Tunesiens den Worten des Aussenministers?

18.5686 Aeschi Thomas. Nach Aufhebung der Uno-Sanktionen und Frieden mit Äthiopien: Wann beginnt die Schweiz mit der Rückführung eritreischer Wirtschaftsmigranten?

Am 14. November 2018 hat der Uno-Sicherheitsrat die seit rund einem Jahrzehnt bestehenden Sanktionen gegen den nordostafrikanischen Staat Eritrea aufgehoben. Zudem hat Eritrea vor einigen Monaten mit Äthiopien Frieden geschlossen.

Wird aufgrund dieser Entwicklungen die Schweiz zukünftig kein Asyl respektive temporäre Aufnahme für eritreische Wirtschaftsmigranten mehr gewähren und endlich Verhandlungen mit Eritrea aufnehmen, um die sich bereits bei uns aufhaltenden eritreischen Wirtschaftsmigranten zurückzuführen?

18.5687 Aeschi Thomas. Klarheit über die SEM-Mission vom November 2018 nach Eritrea

- Trifft es zu, dass im November 2018 eine SEM-Mission nach Eritrea stattgefunden hat? Was sind die daraus gewonnenen Erkenntnisse.

- Wurde u.a. die Zwangsrückführung der eritreischen Wirtschaftsmigranten thematisiert?

- Ist es absehbar, dass das SEM bald einen Aufnahmestopp für Eritreer verfügt und mit den Rückführungen der eritreischen Wirtschaftsmigranten beginnt, welche in der Schweiz mehrheitlich von der Sozialhilfe leben?

18.5688 Aeschi Thomas. Widersprüchliche Aussagen zu den eritreischen Asylzahlen

Das SEM behauptet in der Tageschau vom 22. November 2018, dass die eritreischen Asylzahlen rückläufig seien und erwähnt 978 eritreische Einreiseanträge für das laufende Jahr. Gemäss Asylstatistik sind bis Ende Oktober 2018 jedoch bereits 2475 eritreische Asylgesuche gestellt worden.

Der Bundesrat wird gebeten, Klarheit betreffend der eritreischen Asylzahlen zu schaffen.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**18.5604 Aebischer Matthias. Warum kauft die Schweizer Armee US-amerikanische statt die günstigeren Schweizer Top-Instrumente?**

Nach einem Ausschreibungsverfahren hat sich die Armee zur Kauf von US-amerikanischen und französisch/deutschen Posaunen entschieden. Dies obschon die von vielen Profis weltweit in Symphonieorchestern und Brassbands gespielten Posaunen der Firma HAAG aus Weinfelden günstiger waren.

- Welches Gremium entschied, nicht die günstigere Schweizer Top-Qualität, sondern die teureren Posaunen ausländischer Hersteller zu kaufen?
- Warum wurden die Schweizer Instrumente nicht berücksichtigt?

18.5609 Zuberbühler. Kampffjetbeschaffung. Erprobung der verschiedenen Kampfflugzeuge auf dem Militärflugplatz Payerne VD von Mai bis Juli 2019

Aufgrund der in die Jahre gekommenen Kampfflugzeuge kann die Auftragserfüllung unserer Armee und damit die Unabhängigkeit unseres Landes sowie Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer absehbar nicht mehr garantiert werden. Eurofighter, Rafale, Gripen, F/A-18 Super Hornet oder F-35: Diese Kampffjet-Hersteller müssen bis Januar 2019 ihre Offerten einreichen.

- a. Stimmt es, dass die Schweizer Luftwaffe den F-35 nicht in Payerne und somit nicht in der Schweiz erproben kann?
- b. Falls ja, weshalb?

18.5611 Wermuth. Rechtsextremer Terrorismus. Wann hört die Schweiz auf die Bedrohung zu leugnen?

Deutsche Medien berichten in den letzten Tagen ausführlich über rechtsextreme Prepper-Netzwerke im deutschsprachigen Raum. Diese Netzwerke haben offenbar direkte Verbindungen in den Militär- und Polizeiapparat in Deutschland. Gemäss den Berichten gibt es auch Schweizer Ableger.

- Hat der Bundesrat Kenntnis von solchen Netzwerken in der Schweiz?
- Nimmt er die wachsende Bedrohung durch rechtsextreme Terrorpläne ernst?
- Was tut er um der Bedrohung rechtsextremer Terrorismus entgegen zu wirken?

18.5652 Mazzone. Prunk und Uniform: Welche Kosten werden durch die Masslosigkeiten gewisser Kader der Armee verursacht und was sind die Konsequenzen?

Die Medien haben von Exzessen mehrerer Kader der Armee berichtet. Es wird namentlich auf Helikopterflüge von Ehefrauen gewisser Offiziere hingewiesen.

- Wie wird das Unfallrisiko dieser Personen gedeckt?
- Wer stellt die Leistungspflicht der Versicherung sicher oder deckt die durch einen Unfall entstehenden Kosten?
- Und allgemeiner: Warum wurde diese missbräuchliche Verwendung von öffentlichen Geldern nicht sanktioniert?
- Ist die Tradition Argument genug, um Hunderttausende von Franken auszugeben?

18.5682 Sommaruga Carlo. VBS: Skandal um Repräsentationsspesen in der Armee

Die Medien haben den Skandal um die Repräsentationsspesen hoher Armeekader aufgedeckt.

- Mit Blick auf die Vergangenheit: Ist das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) bereit, Transparenz herzustellen und eine umfassende, öffentliche Untersuchung der Repräsentationsspesen aller Ebenen der Armee während der letzten zehn Jahre durchzuführen?
- Mit Blick auf die Zukunft: Was gedenkt das VBS konkret zu unternehmen, um die Kultur der Armee zu verändern?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**18.5597 Feller. Subventioniert die Postauto AG ihre Tochtergesellschaft Publibike AG?**

Der Website www.publibike.ch zufolge ist die Medienstelle der Postauto AG für die Medienarbeit der Publibike AG zuständig.

- Hat die Publibike der Medienstelle einen entsprechenden Auftrag erteilt?
- Wenn ja, werden die durch die Medienstelle erbrachten Leistungen von der Publibike zum Selbstkostenpreis vergütet?
- Wenn nein, ist daraus zu schliessen, dass die Postauto AG die Publibike subventioniert?

18.5599 Müller-Altermatt. Killen des Fonds Landschaft Schweiz gegen den klaren Willen des Parlaments

Der Bundesrat hat beschlossen, den Fonds Landschaft Schweiz nicht zu verlängern. Dies, obwohl im Ständerat bereits die Beratung des Entwurfs zur angenommenen parlamentarischen Initiative 18.401 der UREK-S ansteht, mit welchem der Fonds verlängert werden soll.

- Wieso foutiert sich der Bundesrat um die klaren Parlamentsentscheide zugunsten des Fonds?
- Mit welchen Instrumenten will er die wichtigen und nachweislich positiven Wirkungen des Fonds erreichen, wenn er diesen nicht mehr zur Verfügung hat?

18.5600 Müller-Altermatt. Liegt zwischen Zürich, Basel und Bern ein bahnpolitisches Bermudadreieck?

Der Bundesrat will mit den Ausbauschritten 2025 und 2035 die Kapazität und Stabilität im Schienenverkehr verbessern. Paradoxerweise führen diese Ausbauschritte nun aber scheinbar dazu, dass sowohl in Liestal wie auch in Oensingen Intercity-Halte wegfallen, was in den Regionen Schwarzbubenland, Oberbaselbiet, Thal-Gäu und Oberaargau statt zu einem Ausbau zu einem Abbau führt.

- Ist sich der Bundesrat dieser Problematik bewusst?
- Wie will er den Qualitätsverlust in diesen Regionen verhindern?

18.5603 de la Reussille. Billag - Rückzahlung der Mehrwertsteuer

Nach einem langwierigen Verfahren wurde entschieden, dass die unrechtmässig erhobene Mehrwertsteuer auf Radio- und Fernsehgebühren vom Bundesamt für Kommunikation an alle Haushalte zurückgezahlt werden muss, die zu viel gezahlt haben. Den ersten Schätzungen zufolge beläuft sich der Rückzahlungsbetrag auf je 50 bis 70 Franken. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist dafür zuständig, die gesetzliche Grundlage für diese Rückzahlungen auszuarbeiten.

Kann das UVEK Auskunft über die Dauer des Verfahrens geben und den Zeitpunkt nennen, an dem die Rückzahlungen durchgeführt werden könnten?

18.5608 Vogler. Übertragung von KEV-Bescheiden von Windenergieanlagen auf andere Kantone

Die Energieförderungsverordnung (SR 730.03) erlaubt unter Bedingungen die Übertragung von KEV-Bescheiden von Windenergieanlagen (WEA), die aus der kt. Planung gestrichen wurden, auf andere WEA im gleichen Kanton.

- Wie begründet der Bundesrat die Beschränkung der Übertragungen auf den gleichen Kanton?

- Warum darf auf eine WEA, welche die Bedingungen der Energieförderungsverordnung erfüllt, sich aber in einem anderen Kanton befindet, kein Bescheid übertragen werden?

18.5610 Maire Jacques-André. Umweltkommunikation in der Schweiz: nur auf Deutsch?

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) veranstaltet am 4. und 5. Dezember 2018 eine Konferenz mit dem Titel "Umweltkommunikation MitWirkung". Obwohl sich die Konferenz an Fachleute aus der ganzen Schweiz richtet, ist es nicht vorgesehen, dass die Dokumente zu den Vorträgen übersetzt werden.

- Billigt der Bundesrat eine solche Diskriminierung?

- Wie steht es um die Anwendung von Artikel 36 der Mehrsprachigkeitsweisungen und Artikel 6 der Sprachenverordnung durch das BAFU?

18.5612 Reimann Maximilian. Ist Fahrausweisentzug als Folge bürokratischer Fristenschummelei verhältnismässig?

Wegen Fristenschummelei kantonaler Strassenverkehrsämter i.S. Terminierung der verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung (vgl. meine Anfrage 16.1009 vom 17.03.16) riskieren 72- und 74-jährige Autofahrer den Entzug ihres Fahrausweises, wenn sie nicht kurz vor Ende 2018 und damit vorzeitig noch eine neue Untersuchung absolvieren. Hält der Bundesrat solche Entzüge für verhältnismässig?

Damit wird doch die Staatsverdrossenheit der Betroffenen unnötig geschürt und der Wille des eidgenössischen Gesetzgebers (Alter 75) unterlaufen.

18.5625 Semadeni. Bolle di Magadino: Knallkörper gegen Störche

21. August 2018: 324 Weissstörche legen eine Pause in den Bolle di Magadino ein. Um sie zu vertreiben und so die Sicherheit der Flugzeuge zu gewährleisten, schießt das Flugplatzpersonal mit Knallkörpern (seit 2016 geschieht das regelmässig).

- Was für ein Bewilligungsverfahren wurde vom Bundesamt für Umwelt durchgeführt?

- Was hat der Bundesrat vor, um den Widerspruch, der zwischen diesem Vorgehen und den Schutzziele besteht, zu beheben?

- Es ist belegt, wie gefährlich und konflikträchtig die zur Gewährleistung der Sicherheit der Jets durchgeführten Massnahmen zur Vogelabwehr ("bird control") sind.

Warum werden Jets in Magadino angesichts dieser Tatsachen nicht verboten?

18.5660 Graf Maya. Wird das Atomkraftwerk Fessenheim F nun 2020 endlich stillgelegt?

Vor ein paar Tagen kündigte der französische Präsident Macron an, das über 40 Jahre alte und pannenanfällige AKW Fessenheim, nur 40 km von der Region Basel entfernt, endlich im Sommer 2020 zu schliessen. Immer wieder wurde dies versprochen, das letzte Mal auf Ende 2016.

- Wie schätzt der Bundesrat die jetzige Ankündigung des französischen Präsidenten ein?

- Wie gedenkt er, der Forderung der Schweiz und insbesondere der betroffenen Region Basel auf eine schnelle Stilllegung Nachdruck zu verleihen?

18.5673 von Siebenthal. Warum setzt der Bundesrat die angenommene Motion, 14.4091 - Postzustellung für alle, nicht um?

Die Motion, 14.4091 - Postzustellung für alle, wurde im Juni 2017 vom Ständerat als Zweitrat angenommen. Trotz diesem klaren Auftrag vom Parlament wurden in den letzten Wochen vermehrt Fälle bekannt, bei denen die Postzustellung eingestellt wird.

- Hat der Bundesrat Schritte unternommen, um die Motion gemäss Antrag umzusetzen?
- Bis wann ist mit einer Umsetzung zurechnen?
- Wie sollen Familien handeln, die aktuell von der Post nicht mehr bedient werden?

18.5685 Töngi. Veraltetes Rollmaterial akzeptabel?

Auf der Strecke Luzern-Zürich fahren an den Wochenenden oft Ersatzzüge. Zum Teil sind sie nicht klimatisiert, zum Teil sind es Waggon der Zürcher S-Bahn ohne Veloabteile und zu wenig WC für den Fernverkehr.

Oft müssen viele Reisende stehen.

Wie beurteilt der Bundesrat den Einsatz dieses Rollmaterials auf einer Fernverkehrsstrecke hinsichtlich der Kundenfreundlichkeit?

Bundeskanzlei

18.5681 Sommaruga Carlo. E-Voting: Einstellung des Genfer Systems aus finanziellen Gründen

Am 28. November 2018 teilte der Kanton Genf mit, sein E-Voting-System - das einzige System in öffentlicher Hand - einzustellen. Als Grund nannte der Kanton die zu hohen Investitionskosten, die er allein tragen muss. Die Bundeskanzlei wurde gebeten, sich an der Schaffung eines gemeinsamen Systems zu beteiligen. Sie hat den Kanton Genf aber fallen gelassen.

Nun ist als Folge davon die von der Bundeskanzlei angepriesene Strategie des doppelten E-Voting-Systems gescheitert.

Was gedenkt die Bundeskanzlei zu tun?

Departement des Innern

18.5605 Geissbühler. Viele Fragezeichen zum Experimentierartikel, respektive zu den Pilotversuchen mit Cannabis

1. Wer erklärt, warum der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung durch den Bund (vgl. Art. 118 der Schweizerischen Bundesverfassung) zurückgestellt wird?

2. Wer erklärt, warum diese "Berner Cannabis-Studie" nicht multizentrisch an weiteren nationalen Universitäten durchgeführt wird?

3. Wer erklärt, warum nicht weitere Fachbereiche gemäss bekannter Nebenwirkungen an der Studie beteiligt sind (Arbeitsmedizin, Pneumologie, Kardiologie, Gastroenterologie, Schlafmedizin, Psychiatrie, ...)?

18.5606 Geissbühler. Viele Fragezeichen zum Experimentierartikel, respektive zu den Pilotversuchen mit Cannabis

1. Wer haftet, falls es durch den CBD/THC-Konsum zu Schäden für Dritte (im Verkehr, am Arbeitsplatz, etc.) kommt?
2. Wer zahlt, falls es - wie bekannt - zu akuten und/oder chronischen Gesundheitsschäden kommt (Krankenkassen? Steuerzahlende?)
3. Wer betreut die Probanden gemäss GMP (good medical practise), wenn spezialärztliche Diagnostik/amb.-stat. Therapien notwendig werden (Lunge, Herz, Magendarm, Schlafmedizin, Psychiatrie)?

18.5607 Geissbühler. Viele Fragezeichen zum Experimentierartikel, respektive zu den Pilotversuchen mit Cannabis

1. Wer erklärt, warum es zu den freigegebenen Schadsubstanzen Alkohol und Nikotin eine neue zusätzliche Freigabe benötigt mit Änderung des Betäubungsmittelgesetzes?
2. Wer garantiert die "Reinheit" des Cannabis im Hinblick auf die THC-Konzentration?
3. Wer garantiert, dass es zu keinen Missbrauchsfällen respektive Zunahme illegaler Dealer kommt (indem die Probanden einen Teil ihres Cannabis weiter verkaufen)?

18.5614 Wasserfallen Flavia. Effektive Impfrate bei Zweijährigen?

Kürzlich wurden Zahlen einer Krankenkasse publik, wonach im 2. Lebensjahr nur 70 Prozent der Kinder die empfohlenen Impfungen erhalten. Diese Zahl unterscheidet sich stark von der Impfrate über 87 Prozent von Zweijährigen, die vom BAG herausgegeben wird.

- Wie erklärt sich der Bundesrat diesen Unterschied?
- Müsste nicht angenommen werden, dass die Erhebung einer grossen Krankenkasse anhand der fakturierten Impfungen repräsentativer ist, als die selektive Auswertung von freiwillig eingesandten Impfausweisen?

18.5624 Burkart. Rechtzeitige Anpassungen des Medizinalprodukterechts?

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die gesetzlichen Anpassungen des Medizinprodukterechts in der Schweiz rechtzeitig erfolgen, so dass die im Mutual Recognition Agreement (MRA) zwischen der EU und der Schweiz geforderte Äquivalenz hergestellt und somit der freie Marktzugang für Medizinprodukte erhalten bleibt?

18.5633 Schenker Silvia. Stossend oder strafbar? Weitergabe von Observationsmaterial an die Medien

Gemäss Berichterstattung in der az vom 14. November 2018 legte Andreas Dummermuth, Präsident kantonale Ausgleichskassen, Leiter Ausgleichskasse Schwyz, der Zeitung Videomaterial einer Observation vor.

- Auf welcher Rechtsgrundlage ist Herr Dummermuth zu dieser Weitergabe befugt?
- Kann der Bundesrat ausschliessen, dass sich Herr Dummermuth damit möglicherweise des Amtsmissbrauchs, der Amtsgeheimnisverletzung und der Persönlichkeitsverletzung schuldig gemacht hat?
- Wie beurteilt der Bundesrat sein Verhalten?

18.5636 Ruiz Rebecca. Implant Files: Gewährleistet das Meldesystem die Sicherheit von Personen mit implantierten Medizinprodukten? (1)

Die durch die Implant Files aufgedeckten Affären zeigen, dass das derzeitige Meldesystem die Sicherheit von Personen mit implantierten Medizinprodukten nicht gewährleistet.

- Ist der Bundesrat der Meinung, dass das derzeitige System zur Meldung von Vorkommnissen durch Leistungserbringer und Hersteller ausreichend ist?
- Wenn ja, welche zusätzlichen Massnahmen sind nötig, um die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten?
- Wenn nein, was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten?

18.5637 Ruiz Rebecca. Implant Files: Werden Patientinnen und Patienten von ärztlicher Seite ausreichend informiert? (2)

2015 hat der Bundesrat die Fragen 15.5148 und 15.5149 beantwortet und dabei betont, dass die Verantwortung zur Information von Patientinnen und Patienten, die Prothesen tragen, bei den Spezialärztinnen und -ärzten liegt. Dennoch erhalten die Patientenorganisationen noch immer regelmässig Beschwerden von Prothesen tragenden Personen, die von ihrer Ärztin oder ihrem Arzt nicht informiert wurden.

- Wie können Ärztinnen und Ärzte dazu verpflichtet werden, ihre Patientinnen und Patienten zu informieren?
- Wäre ein systematisches Implantat-Register diesem Zweck dienlich? Was wären weitere Vorteile eines solchen Registers?

18.5638 Ruiz Rebecca. Implant Files und Revision des Heilmittelgesetzes (3)

Im derzeitigen Entwurf für die Änderung des Heilmittelgesetzes wird eine Änderung der Rolle der Kontrollorgane nicht vorgesehen. Die jüngsten Enthüllungen der Implant Files zeigen jedoch die Gefahren auf, die die Schweizer Bevölkerung aufgrund dieses Systems eingeht.

- Beabsichtigt der Bundesrat angesichts dieser Enthüllungen eine entsprechende Änderung?
- Wenn ja, welche Änderungen sind vorgesehen?
- Wenn nein, welche Mittel würde die Swissmedic benötigen, um die Lücken im System zu schliessen?

18.5643 Birrer-Heimo. Fehlerhafte Medizinprodukte/Implantate: Was haben die Kontrollen der Swissmedic ergeben?

Im Rahmen der Zuständigkeit bezüglich Überwachung der auf dem Markt befindlichen Medizinprodukte ist Swissmedic berechtigt, Inspektionen bei Spitälern, Herstellern und sog. "Notified bodies" durchzuführen. Gemäss Jahresbericht 2017 haben die Markt- und Spitalkontrollen seit 2015 zugenommen.

- Wie viele Inspektionen wurden im 2018 gemacht und sind im 2019 geplant?
- Welche Resultate haben sich im 2017 ergeben?
- Wieso veröffentlicht Swissmedic die Resultate dieser Kontrollen nicht?

18.5645 Heim. Mehr Sicherheit bei Risiko-Implantaten

Die Motion 12.3080 verlangte die Einführung von Implantate-Register für Hochrisiko-Implantate, wie Prothesen, Herzklappen, Stents usw. Der Bundesrat lehnte ab. Es koste zu viel und brauche eine gesetzliche Grundlage. Er prüfe die Beteiligung der Schweiz an einem europäischen Register. Nun soll es eine europaweite Datenbank geben.

- Wird und kann die Schweiz daran teilnehmen?
- Wie, mit welchen Angabenpflichten wird sie die schweizerische Materiovigilanz stärken?

18.5646 Heim. Hochrisiko-Medizinprodukte - Swiss finish?

Die Schweiz ist mit dem MRA in das europäische Marktzutritts- und Marktüberwachungssystem für Medizinprodukte eingebunden. Auf 2020 gilt eine neue Verordnung MDR.

- Inwiefern trägt sie zur Erhöhung der Sicherheit von Hochrisiko-Medizinprodukten bei?
- Welche erhöhten Anforderungen müssen Notified Bodies ab dann erfüllen?
- Wer kontrolliert diese und wie?
- Für welche Hochrisikoprodukte sind klinische Tests nicht vorgeschrieben?
- Könnte die Schweiz im Sinne eines Swissfinish klinische Tests für alle Hochrisikoprodukte anordnen?

18.5647 Heim. Prüfqualität und Überwachung der Langzeitsicherheit von Risiko-Implantaten

Die Implantate-Files-Recherche von 58 Medien deckt bekannte und weniger bekannte Schwachstellen in der Marktzulassung und der Überwachung der Produkte-Sicherheit, insbesondere bei Hochrisiko-Produkten auf.

Mit welchen konkreten Regulierungen trägt die Neue europäische Verordnung zur Qualität der Prüfstellen, zur Prüfqualität und zur Sicherheit und Qualität der Hochrisiko-Medizinprodukten auf die Lebensdauer der Produkte gesehen bei?

18.5658 Roduit. Kinder und Jugendliche vor E-Zigaretten schützen

In seiner Antwort auf meine Interpellation 18.3644 hat der Bundesrat versprochen, schnell eine Lösung für die Schliessung der Gesetzeslücke zu finden, die den Verkauf nikotinhaltiger E-Zigaretten an Kinder ermöglicht. Sowohl die Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels als auch der Branchenverband Swiss Vape Trade Association (SVTA) haben Ende September beschlossen, je einen Codex einzuführen. Ist der derzeitige Inhalt dieser Codexe ausreichend (Festlegung des Mindestalters, Sanktionierung bei Verstössen, Alterskontrolle in Online-Shops etc.)?

18.5661 Arslan. Prothesen-Skandal. EU-Einfluss auf Medizinalprodukte

Im Zusammenhang mit dem Prothesen-Skandal stellt sich die Frage, welche Regeln eingehalten werden müssen, um die Sicherheit von Medizinalprodukten zu gewährleisten.

- Welche schweizerischen Gesetze sind dafür massgebend?
- Welchen Einfluss haben Vorschriften der EU, insbesondere die Medical Device Regulation MDR?
- Konnte die Schweiz auf die MDR Einfluss nehmen?
- Entspricht die MDR schweizerischen Standards?
- Welchen Einfluss könnte ein negativer Ausgang bezüglich Rahmenabkommen im MDR-Bereich haben?

18.5674 von Siebenthal. Tierverkehrsdatenbank Equiden

Bei Equiden ist der Tiereigentümer für die Meldung eines Standortwechsels der Tiere verantwortlich. Dies führt bei gesömmerten Pferden zu falschen oder nicht ausgeführten Meldungen. Der Sömmungsbetrieb kann bei Kontrollen den Tierbestand nicht korrekt vorweisen. Ein grosser administrativer Aufwand für Sömmungsbetriebe und die kantonalen Vollzugsstellen ist die Folge.

Ist es im Rahmen der administrativen Vereinfachung möglich, die Verantwortung der Standortmeldungen der Equiden dem Tierhalter zu übergeben und so dem Rindvieh gleich zu stellen?

Finanzdepartement

18.5627 Regazzi. Das Steuerabkommen mit Italien liegt wieder auf Eis: Welche Auswirkungen hat das auf die Schweiz und das Tessin?

Am 5. Oktober 2018 hat Italien verkündet, dass das Doppelbesteuerungsabkommen - das die Bestimmungen über die Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern umfasst und dessen Verhandlung im Jahre 2015 abgeschlossen wurde - vom italienischen Parlament nicht ratifiziert werden wird.

Ich frage den Bundesrat:

- Wie beurteilt der Bundesrat die Tatsache, dass Italien die Umsetzung des Abkommens erneut und abrupt zum Stillstand gebracht hat?
- Wie wird sich diese Entwicklung auf das Tessin auswirken?
- Was hat der Bundesrat vor, um den Zugang der Schweizer Banken zu Finanzdienstleistungen in Italien sicherzustellen?
- Was hat der Bundesrat ganz allgemein vor zu unternehmen, damit der Grundsatz "pacta servanda sunt" eingehalten wird?

18.5664 Meyer Mattea. Fragwürdige Kehrtwende der Immobilienstrategie der Eidgenössischen Zollverwaltung

Aus dem Personalbulletin - und nicht aus der Parlamentsdebatte - kann man erfahren, dass die EZV einen Strategiewechsel von der Dienstwohnungs- zur Wohnzonenpflicht plant. In der Folge will die EZV Dienstwohnungen verkaufen und sich stattdessen finanziell an einer privat gemieteten Wohnung beteiligen, was für die Bundesfinanzen von enormen Nachteil ist.

Ist der Bundesrat der Meinung, dass die Subventionierung von kommerziellen Immobilieneigentümer eine Staatsaufgabe sei?

18.5665 Meyer Mattea. Bau von Dienstwohnungen für das Grenzwachtkorps in Genf

In der Immobilienbotschaft 2016 wurde der Neubau von 32 Dienstwohnungen für das Grenzwachtkorps Genf bewilligt.

- Werden die Wohnungen wie vorgesehen in der 1. Jahreshälfte 2019 zur Verfügung stehen?
- Wie passt diese Neubaustrategie mit dem geplanten Verkauf von riesigen Immobilienbeständen und dem Verzicht auf Dienstwohnungen der EZV zusammen?

18.5671 Badran Jacqueline. Immobilienverkäufe der Eidgenössischen Zollverwaltung - Angebote an Kantone und Gemeinden?

Gemäss Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes müssen Immobilien bei Verkauf zuerst den Kantonen, dann den Gemeinden zum Kauf angeboten werden.

- Hat dies die EZV im Zusammenhang mit ihren geplanten unerklärlichen Immobilienverkäufen im Wert von einer viertel Milliarde Franken nachweislich gemacht?
- Mit welchem Ergebnis?

18.5672 Badran Jacqueline. Immobilienverkäufe der Eidgenössischen Zollverwaltung. Veruntreuung Volksvermögen?

- Kommt das geplante Abstossen der Dienstwohnungs-Immobilienbestände des EZV im Wert von einer viertel Milliarde Franken - auch im Raum Genf - nicht einer Veruntreuung von Volksvermögen gleich?

- Oder kennt der Bundesrat eine alternative Anlageform von Vermögenswerten mit einer Gesamtrendite von jährlich mindestens 6 Prozent?
- Mit welcher Begründung rechtfertigt er also diese Immobilienverkäufe der EZV?

18.5690 Aeschi Thomas. Gezieltes Schaffen eines Abhängigkeitsverhältnisses der Exekutive zu Mitgliedern der Legislative

Gemäss der Ip. 18.3837 soll eine Wohneinheit im Beatrice von Wattenwyl-Haus zu äusserst günstigen Konditionen an einen Angehörigen der Legislative, der Oberaufsicht über die Exekutive, vermietet worden sein.

Ist der Bundesrat bereit, in Zukunft auf die Schaffung solcher Interessenkonflikte und Abhängigkeitsverhältnisse zu verzichten, da damit indirekt Einfluss auf die Tätigkeit der Oberaufsicht genommen wird?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

18.5613 Romano. Änderung von Artikel 27c der Weinverordnung und das Subsidiaritätsprinzip

Artikel 27c der Weinverordnung wurde geändert. Bisher war die Gesetzgebung permissiv und es oblag den Kantonen, die Umsetzung gewisser Praktiken einzuschränken. Von nun an wird sie restriktiv sein und es wird den Kantonen obliegen, gewisse Praktiken zu erlauben. Das Subsidiaritätsprinzip wird offenkundig nicht beachtet. Diese Tatsache wurde in der Vernehmlassung von Fachleuten aus der Branche aufgezeigt.

Aus welchen Gründen haben sich das Bundesamt für Landwirtschaft und der Bundesrat trotz des Widerspruchs aus der Branche für diese Änderung entschieden?

18.5616 Seiler Graf. Auslegung von Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a des Berufsbildungsgesetzes

- Können "andere Institutionen" soziale Institutionen sein, welche Berufslehren im geschützten Rahmen gemäss IVG Artikel 16b anbieten?

- Gibt es die Auslegungsmöglichkeit von Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a des Berufsbildungsgesetzes ("andere zu diesem Zwecke anerkannten Institutionen für die Bildung in beruflicher Praxis"), dass solche Institutionen dadurch mehr als 1-2 Lernende ausbilden? (s. BiVo Art. 11).

Um im geschützten Rahmen ausbilden zu können, wären etwa 4-5 Lernende sinnvoll und notwendig.

- Welche Voraussetzungen werden seitens BBG an Institutionen gestellt, welche Berufslehren im geschützten Rahmen anbieten?

18.5617 Seiler Graf. Saudi-Arabien. Widerruf bereits erteilter Bewilligungen für Kriegsmaterialexport

Artikel 19 Kriegsmaterialgesetz sieht vor, früher erteilte Ausfuhrbewilligungen zu sistieren oder zu widerrufen, wenn ausserordentliche Umstände dies erfordern.

- Welchen Umfang hatte der Export von Waffen-Ersatzteilen und Munition an Saudi-Arabien in den letzten Monaten und Jahren?

- Wann macht der Bundesrat von seinem Widerrufsrecht Gebrauch, wenn nicht jetzt nach dem Mord an Jamal Khashoggi, der unerträglichen Repression im Innern und der Auslösung einer humanitären Katastrophe in Jemen?

18.5618 Paganini. Geplanter 2-Jahres-Rhythmus der SwissSkills

1. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass alle 2 Jahre stattfindende SwissSkills die über die Schweiz verteilten regionalen Berufsmessen derart konkurrenzieren, dass diese ihren Informationsauftrag in der Berufswahlphase nicht mehr werden erfüllen können?

2. Wie rechtfertigt der Bund die geplante finanzielle Unterstützung von neu im 2-Jahres-Rhythmus stattfindenden SwissSkills, wenn damit gleichzeitig die Zielerreichung der vom SBFI zu Recht unterstützten regionalen Berufsmessen torpediert wird?

18.5622 Glauser. Horizon 2020

Ist die Teilnahme der Schweiz am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 formell oder informell an die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens oder einer anderen Vereinbarung oder an eine andere Voraussetzung gebunden?

18.5623 Glauser. Horizon 2020

Zu welcher finanziellen Beteiligung ist die Schweiz im Rahmen von Horizon 2020 verpflichtet und welchen finanziellen Vorteil erlangt sie durch diese Beteiligung?
Ich bin mir bewusst, dass der kulturelle und wissenschaftliche Vorteil unbestreitbar von grosser Bedeutung ist.

18.5628 Grin. Stellung des Schweizer Nationalgestüts in der neuen Struktur von Agroscope

Der Bundesrat hat am 21. November 2018 beschlossen, die Annahme der Motion 18.4088 der Finanzkommission des Nationalrates "Praxisnahe Struktur für Agroscope" zu beantragen. Damit befürwortet er die Idee eines zentralen Campus mit je einem regionalen Forschungszentrum in der Deutsch- und der Westschweiz und mit dezentralen Versuchstationen.

Welche Stellung und welche Rolle wird das Schweizer Nationalgestüt in Avenches in dieser neuen Struktur einnehmen?

18.5630 Addor. Zivildienst: Wen will man hier zum Narren halten?

Das Gesetz sieht vor, dass die Belastung einer zivildienstleistenden Person durch die ordentlichen Zivildiensteinsätze insgesamt derjenigen eines Soldaten in seinen Ausbildungsdiensten entsprechen muss (Art. 5 Zivildienstgesetz).
Entspricht ein Zivildienst dieser Anforderung, der im Rechtsdienst einer gemeinnützigen Einrichtung geleistet wird und der es der entsprechenden Person ermöglicht, sich diesen Dienst als Plus-Punkt bei einer Bewerbung als Anwaltspraktikant zu Nutze zu machen?

18.5634 Feller. Zukünftige Beziehungen zwischen dem Schweizer Nationalgestüt und dem Institut Equestre National Avenches

Auf der Internetseite von Agroscope widmet sich ein Beitrag der "Kurznews" den "Gerüchten" um eine "zukünftige Zusammenarbeit des Schweizer Nationalgestüts (SNG) von Agroscope mit dem Institut Equestre National Avenches (IENA)", die "in verschiedenen Medien" kursieren. Diesem Beitrag zufolge war "die Übernahme des Nationalgestüts durch die IENA [...] aber nie ein Thema, sondern ist falsch und entspringt einer journalistischen Fehlinterpretation".

- Warum wurde eine solche "Richtigstellung" veröffentlicht?
- Was könnte der Grund für derartige "Gerüchte" sein?

18.5635 Nussbaumer. Verhandlungsstand zum Mobilitätsprogramm Erasmus+

Das Parlament hat mit der Motion 17.3630 den Bundesrat beauftragt, die Verhandlungen für die Vollasoziiierung der Schweiz am Mobilitätsprogramm Erasmus+ schnellstmöglich aufzunehmen.

1. Hat der Bundesrat die Verhandlungen seit der Überweisung der Motion aufgenommen?
2. Welche Verhandlungspunkte konnten bereits geklärt werden?
3. Konnten die Kosten der Vollasoziiierung für unser Land geklärt werden?
4. Bis wann kann das Parlament eine Botschaft des Bundesrates über die Teilnahme bei Erasmus+ erwarten?

18.5639 Schneeberger. Effektive Beiträge an die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben 2017 für den Betrieb der Arbeitslosenversicherungen und Zahlstellen eine pauschale Abgeltung von 45 Millionen Franken erhalten. Wie hoch die Gewinne effektiv ausfallen, ist unklar. Noch undurchsichtiger sind die Gelder, die die Gewerkschaften zwecks Vollzug der FlaM erhalten.

- Wie hoch sind die gesamten jährlichen Beiträge und Abgeltungen des Bundes an die Gewerkschaften?
- Wie viel verdienen sie mit dem Vollzug?

18.5641 Wüthrich. 40 Milliarden Schwarzarbeit - macht der Bund genug zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft?

Im Bericht zum Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 12. Juni 2018 zitiert das Seco eine Studie der Professoren Schneider und Boockmann, die die Grösse der Schattenwirtschaft mit einer indirekten Methode für die Schweiz auf 5,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes schätzen. Der Wert ist offenbar als tief zu bewerten. Trotzdem werden so fast 40 Milliarden Franken schwarz erwirtschaftet. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat, um die Schwarzarbeit weiter einzudämmen?

18.5642 Steinemann. Erfolg der neuen RAV-Mitarbeiter beim Inländervorrang light

- Wie viele Mitarbeitende mussten die Kantone aufgrund der Stellenmeldepflicht neu einstellen?
- Wie viele gemeldete Stellen mit Arbeitslosenquote von mindestens 8 Prozent, die in den fünf Tagen gemeldet wurden, konnten vermittelt werden?
- Wie viele sind das pro zusätzlichem Mitarbeiter in der Zeitspanne vom 1. Juli bis Ende November oder Oktober?
- Wie viele neue Mitarbeiter und wie hoch ist der Aufwand für die Kontrolle der Stellenmeldepflicht?

18.5684 Riklin Kathy. Könnte der Schweizer Beitrag an Erasmus auch ein Beitrag zur Kohäsion Europas sein

Mit der Motion 17.3630 wurde der Bundesrat beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen, damit die Schweiz ab 2021 wieder voll an das EU-Programm Erasmus assoziiert ist. Das Erasmus-Budget 2021-27 der EU soll aber auf 30 Milliarden Euro verdoppelt werden. Damit dürfte der Schweizer Beitrag höher sein als der direkte Schweizer-Nutzen. Da Erasmus ein wertvolles Programm für die Jugend Europas ist, frage ich den Bundesrat, ob unser Beitrag auch ein Kohäsionsbeitrag an die EU sein könnte?

18.5689 Aeschi Thomas. Steuergelder für Unia-Buch

Mit wie vielen Franken an öffentlichen, von den Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern stammenden Geldern wurde das Unia-Buch "Streik im 21. Jahrhundert" unterstützt?

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft

18.5629 Addor. FIFA-Ermittlungen: Ist der Bundesanwalt seinem Amtsgeheimnis und seiner Pflicht zur Zurückhaltung nachgekommen?

Im Rahmen eines Strafverfahrens scheint der Bundesanwalt fragwürdige Kontakte mit dem FIFA-Präsidenten und einem Oberwalliser Staatsanwalt gehabt zu haben.

- Sind die Voraussetzungen für eine Strafanzeige wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses erfüllt?
- Und stellt die jüngst vom Bundesanwalt veranstaltete Pressekonferenz keine Verletzung seiner Pflicht zur Zurückhaltung dar?